

Auszug aus der vorläufigen Niederschrift

Beschlussvorlage öffentlich		SV-Nr.: WP 09-14 SV 61/199
Betreff:	Integriertes Handlungskonzept für die Innenstadt Hildens (Juni 2013)	

12.06.2013 Stadtentwicklungsausschuss

TOP 2.1

An der Beratung nahm Frau Mölders vom Büro Stadt- und Regionalplanung Dr. Jansen GmbH teil.

Frau Hoff erläuterte den Verfahrensablauf und bedankte sich bei allen Beteiligten für die gute Zusammenarbeit. Das vorliegende Konzept müsse noch redaktionell überarbeitet werden.

Herr Scholz erkundigte sich, ob der Antrag ohne die Detailplanung bei der Bezirksregierung eingereicht werden könne. Wenn dies der Fall sei, könne die Beschlussfassung erfolgen.

Frau Hoff bestätigte, dass eine Detailplanung für den Grundförderantrag nicht erforderlich sei. Diese müsse erst mit den Einzelförderanträgen vorgelegt werden. Der Förderantrag selbst müsse mit dem Inhalt des Integrierten Handlungskonzeptes (IHK) übereinstimmen. Die eingefügten Detailplanungen dienen dazu, die geplanten Maßnahmen anschaulich darzustellen und eine Kostenschätzung vorzunehmen. Die Haushaltsmittel für den Eigenanteil müssen ab dem Jahr 2014 im Haushalt bereitgestellt werden. Unter Hinweis auf den TOP 3.1 erläuterte Frau Hoff weiter, dass die Details für die Durchführung der Einzelmaßnahmen vom Stadtentwicklungsausschusses festgelegt werden. Dieser Beschluss sei Grundlage für den Einzelförderantrag.

Herr Reffgen führte aus, die Berichterstattung in der letzten Woche habe den Schluss zugelassen, dass die Planung 1 zu 1 umgesetzt werde. Nach den Erläuterungen sei dies nicht so. Die Antwort der Verwaltung auf die Anfrage der SPD-Fraktion sei erst gestern eingegangen. Eine Beratung konnte daher nicht mehr erfolgen. Er bat daher von einer abschließenden Abstimmung über das Konzept abzusehen.

Frau Alkenings stimmte diesem Wunsch zu und ergänzte, dass die Diskussion jedoch im Vorfeld geführt werden solle.

Herr Pohlmann erklärte, die Fraktion dUH stimme dem vorliegenden IHK zu, da die Detailplanungen vorgelegt werden. Er erkundigte sich

- a) welche Auswirkungen Kostenüberschreitungen gegenüber der Planung haben
- b) ob ein Beschluss über die Detailplanung Robert-Gies-Straße (TOP 3.1) sich schädlich auf den Förderantrag auswirken könne.

Frau Hoff antwortete, erhöhte Kosten müsse die Stadt Hilden übernehmen. Eine Förderung über den bewilligten Zuschuss hinaus sei nicht möglich. Die Einzelförderanträge müssen bis zum 30.06. des Vorjahres der Durchführung der Maßnahme eingereicht werden. Da mit der Maßnahme im Jahr 2014 begonnen werden soll, sei die Beschlussfassung erforderlich für die Beantragung der Landesmittel.

Herr Joseph sprach sich für die FDP-Fraktion für den Grundsatzbeschluss aus. Es handele sich um

eine große Chance die Innenstadt aufzuwerten. Er wies auf den Antrag seiner Fraktion vom 10.06.2013 hin.

Herr Albers wollte wissen, warum die Maßnahmen aufgeführt seien, für die keine Fördermittel beantragt werden und deren Umsetzung noch nicht feststehe.

Herr Stuhlträger erklärte, es sei eine Verpflichtung alle Maßnahmen - also auch solche, die nicht förderungsfähig seien - die zur Steigerung der Attraktivität der Innenstadt vorgesehen seien, im Förderantrag gebündelt dargestellt werden müssen.

Frau Mölders ergänzte diese Aussage, dass die Visionen z.B. Mittelstraße bewusst aufgenommen worden seien. Für die Beantragung künftiger Fördermittel habe die Stadt Hilden dadurch „einen Fuß in der Tür“.

Auch die Bereitschaft Privater sich an den Gestaltungsmaßnahmen zu beteiligen, müsse abgeprüft werden, teilte Frau Hoff mit. Wenn diese Bereitschaft nicht gegeben sei, könnte es schwierig werden Fördermittel zu erhalten.

Herr Pohlmann fand den Vorschlag der Fraktion Bürgeraktion zur Gestaltung des Kreuzungsbereiches Fritz-Gressard-Platz sehr interessant. Die Anlegung des Parkplatzes an der Fußwegeverbindung von Bahnhof zum Fritz-Gressard-Platz sei mit 80.000 € kalkuliert. Der Bürgermeister habe den Auftrag erhalten Verhandlungen über die Öffnung der Tiefgarage Stadthalle zu führen. Die Ertüchtigung werde Kosten von 70.000 € verursachen. Weiter solle die Einrichtung eines Mehr-Generationen-Spielplatzes im Stadtpark und ein Hochwasserschutz an der Itter vorgesehen werden.

Herr Scholz erkundigte sich, ob beide Varianten zur Gestaltung des Fritz-Gressard-Platzes in der Förderantrag aufgenommen werden können. Um eine Entscheidung zu treffen, müssen beide Varianten untersucht werden.

Herr Reffgen vertrat die Auffassung, wenn nur Anregungen redaktioneller Natur in der nächsten Woche in das IHK eingearbeitet werden, sei der Handlungsrahmen der Politik beschränkt. Man habe sich mit Absicht bei den Stadtkonferenzen zurückgehalten. Eine fundierte Beteiligung der Politik sei nun nicht mehr möglich. Er habe „unter dem Strich ein ungutes Gefühl“. Die Meinungen und Willensbildungen der Fraktionen sollen in das IHK einfließen.

Herr Stuhlträger informierte nochmals, es handele sich bei der Beantragung der Städtebaufördermittel um ein zweistufiges Verfahren. Zunächst sei der Grundantrag zu stellen. Was konkret wie umgesetzt werde, sei der Detailplanung im zweiten Schritt vorbehalten. Heute sei eine Entscheidung für die erste Stufe, den Grundantrag, erforderlich. Die Beantragung von Straßenbaufördermitteln hingegen sei ein einstufiges Verfahren. Hier müsse die Detailplanung dem Förderantrag beigefügt werden. Für die Maßnahme A1 und den Vorschlag Benrather Straße/Fritz-Gressard-Platz müssen Mittel bereitgestellt werden, damit eine Detailplanung gefertigt werden könne.

Frau Buschmann teilte mit, dass die CDU-Fraktion dem IHK zustimme.

Frau Vogel machte den Vorschlag, die einzelnen Maßnahmen kurz anzusprechen, damit die Bereitschaft zur Umsetzung bekannt sei. Die Fraktion die Grünen/Bündnis 90 sprechen sich z.B. gehen die Einrichtung des Parkplatzes am Fritz-Gressard-Platz und die Illumination der Itterbrücken aus. Im Gegenzug solle die Maßnahme B 4 vorgezogen und ein Einzelförderungsantrag bereits in diesem Jahr gestellt werden.

Herr Joseph brachte in Erinnerung, heute gehe es lediglich um den Förderantrag. Die Festlegung des Gebietes und eine Abstimmung über das vorgelegte Konzept müssen erfolgen. Die Diskussion zeige, dass die einzelnen vorgesehenen Projekte durch die Fraktionen unterschiedlich gewertete werden.

Frau Hoff machte deutlich, dass die beantragten Maßnahmen auch umgesetzt werden müssen. Die Ausführung könne im Rahmen der Detailplanung noch geändert werden. Die Einrichtung des Parkplatzes am Fritz-Gressard-Platz sei nicht förderfähig. Es handele sich hier um eine rein städtische Maßnahme, die im IHK beibehalten werden solle. Die Illumination der Itterbrücken könne nur über den Verfügungsfonds finanziert werden. Hier müsse abgewartet werden, ob dieser zustande komme und wie der Beirat, der gebildet werden müsse, über die Mittelvergabe entscheide.

Herr Dr. Haupt erklärte, es handele sich hier prinzipiell um gewollte Maßnahmen, deren Ausführung im Rahmen der Detailplanung durch den Ausschuss festgelegt werde. Die Antwort der Verwaltung auf

die Anfrage der SPD-Fraktion sei in der Fraktion nicht mehr beraten worden, da diese sehr spät eingegangen sei. Daher solle die abschließende Beschlussfassung erst in der Sitzung am 26.06.2013 erfolgen.

Herr Reffgen sprach sich für die Fraktion Bürgeraktion gegen die Anlehnung des Parkplatzes am Fritz-Gressard-Platz mit städt. Haushaltsmitteln aus.

Herr Scholz wies nochmals darauf hin, dass heute keine Details beschlossen werden müssen. Zunächst sei abzuwarten, ob dem Zuschussantrag entsprochen werde. Auch über die Festlegung von Prioritäten müsse man sich nicht mehr unterhalten, da diese durch die Bürger/innen im Rahmen der Stadtkonferenzen festgelegt worden sei.

Herr Stuhlträger erläuterte noch kurz die reaktionelle Änderung bei den Plänen zu den Maßnahmen A1 und A2. Nach Rücksprache mit der Bezirksregierung werden die Maßnahmen in einem Plan zusammengefasst, da dadurch eine deutliche Darstellung erfolge.

Als Ergebnis der Diskussion fasste die Vorsitzende zusammen, dass keine Abstimmung erfolgen werde. Die Fraktionen werden ihre Erkenntnisse bis zur nächsten Sitzung austauschen.

Hinweis:

Die eingegangenen Anträge der SPD-Fraktion vom 05.06.2013, der FDP-Fraktion vom 10.06.2013 und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.06.2013 sowie der Vorschlag der Fraktion Bürgeraktion zur Umgestaltung des Bereiches Benrather Straße zwischen Poststraße und Ellerstraße sind nachrichtlich als Anlage 1 bis 4 beigefügt.